

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula; Bürklin, Wilhelm

Generationswandel in der (west)deutschen Elite

Datum der Zweitveröffentlichung: 25.04.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592326

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula; Bürklin, Wilhelm: Generationswandel in der (west)deutschen Elite. In: Deutschland im Wandel : sozialstrukturelle Analysen ; gewidmet Bernhard Schäfers zum 60. Geburtstag. Glatzer, Wolfgang; Ostner, Ilona (Hg). Opladen : Leske und Budrich, 1999. S. 163-177. DOI: 10.1007/978-3-322-99707-4_10.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Generationswandel in der (west)deutschen Elite

Ursula Hoffmann-Lange, Wilhelm Bürklin

1. Einleitung

Jede Gesellschaft läßt sich als ein nach verschiedenen Merkmalen geschichtetes soziales System auffassen. Aus der sozialen Schichtungs- und Klassentheorie ist uns die Schichtung nach Berufsstatus, Einkommen und Bildung am geläufigsten. Neben diesen sozialstrukturellen Schichtungsmerkmalen ist auch die Verteilung politischer Macht bzw. politischen Einflusses bedeutsam. Diese betrifft die Chancen, die eigenen Interessen im politischen Willensbildungsprozeß zur Geltung zu bringen. Die Personen an der Spitze der politischen Machtstruktur werden in den Sozialwissenschaften als gesellschaftliche Elite bezeichnet. Auch in Demokratien existieren große Unterschiede im politischen Einfluß von Individuen und Gruppen. Da politische Macht bzw. politischer Einfluß in Demokratien jedoch prinzipiell der demokratischen Legitimation bedürfen, ist die empirische Erforschung der Zusammensetzung und Wandel von Eliten also nicht nur von deskriptivem Interesse, sondern auch unter demokratietheoretischen Aspekten bedeutungsvoll, v.a. im Hinblick auf die Aufstiegschancen der Angehörigen verschiedener Bevölkerungsgruppen in die Elite und die Repräsentation verschiedener gesellschaftlicher Interessen im politischen Willensbildungsprozeß.

Wir sind hier bewußt von der Analogie zwischen sozialer und politischer Schichtung ausgegangen, um zu verdeutlichen, daß die Verwendung des Elitebegriffs in modernen Gesellschaften kein dichotomes Gesellschaftsmodell impliziert, sondern lediglich die Annahme einer Schichtung der Gesellschaft nach politischer Macht bzw. politischem Einfluß. Bei der Analyse gesellschaftlicher Eliten ist jedoch darüber hinaus auch noch eine weitere Unterscheidung relevant, nämlich die zwischen der politischen Elite im engeren Sinne und zwischen den übrigen Eliten, die hier der Einfachheit halber als nicht-politische Eliten bezeichnet werden sollen, auch wenn sie tatsächlich eine eminent politische Rolle spielen. Zur politischen Elite einer Gesellschaft zählen die Spitzenpolitiker, die aufgrund der mit ihren Ämtern verbundenen

Kompetenz, gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen zu treffen, im Zentrum des politischen Willensbildungsprozesses stehen. Zu den nicht-politischen Eliten gehören zum einen die Inhaber von Führungspositionen in den übrigen staatlichen Organen (öffentliche Verwaltung, Justiz, Militär), die eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Implementation der Gesetze spielen. Zum anderen zählen hierzu auch die führenden Vertreter der bedeutendsten gesellschaftlichen Organisationen, die kraft ihrer Kontrolle über gesellschaftliche Machtressourcen ihre Interessen im politischen Willensbildungsprozeß zur Geltung bringen können, v.a. Großunternehmen, große Interessenverbände, Massenmedien sowie wissenschaftliche Institutionen (Universitäten, Forschungsinstitute).

Sowohl sozialstrukturell als auch von ihren Einstellungen her kann sich eine Elite mehr oder weniger stark vom Rest der Gesellschaft unterscheiden, wobei man davon ausgehen kann, daß in demokratischen Gesellschaften die Rückbindung an die Gesellschaft stärker ist als in vordemokratischen. Dies schließt aber nicht aus, daß die Elite auch in solchen Gesellschaften Avantgarde sozialen Wandels sein, diesen aber auch blockieren können. Dagegen hatte sich die verkrustete DDR-Elite weitgehend vom Rest der Gesellschaft abgekoppelt, was sich beispielsweise in einem zunehmenden Durchschnittsalter (vgl. Meyer 1991; Schneider 1994), aber auch in der Tatsache manifestierte, daß sie die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den politischen und ökonomischen Bedingungen weitgehend ignorierte.

Für die alte Bundesrepublik sind wir in der erfreulichen Lage, daß für die Zeit seit 1968 die Ergebnisse mehrerer Elitebefragungen vorliegen, die es erlauben, sozialstrukturelle Veränderungen und den Wandel der politischen Einstellungen in verschiedenen Elitegruppen nachzuzeichnen. Es sind dies die drei Mannheimer Elitestudien von 1968, 1972 und 1981, sowie die Potsdamer Elitestudie von 1995. In allen vier Umfragen wurden Inhaber von Spitzenpositionen aus einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Sektoren berücksichtigt. Zudem sind die Fallzahlen groß genug, um sektorspezifische Analysen zu erlauben (vgl. Tabelle 1).

Wir werden uns bei der folgenden Analyse auf drei Entwicklungen beschränken, die für den sozialen Wandel der letzten Jahrzehnten besonders charakteristisch gewesen sind, nämlich Bildungsexpansion, Säkularisierung und Wertewandel. Die entsprechenden Wandlungsprozesse sind für die westdeutsche Bevölkerung vielfach analysiert worden (vgl. Gabriel 1998; Geißler 1992; Inglehart 1990). Anhand der Daten über die deutschen Eliten soll hier der Frage nachgegangen werden, ob sich diese Wandlungsprozesse auch in den Eliten feststellen lassen und ob der Wandel in Elite und Bevölkerung synchron oder asynchron verlief. Da entsprechende Daten für die DDR-Gesellschaft nicht verfügbar sind, wird sich die Analyse im wesentlichen auf die westdeutschen Eliten beschränken, obwohl die Potsdamer Elitestudie von 1995 gesamtdeutsch angelegt war und auch aus der ehemaligen DDR stammende Personen umfaßt, soweit diese zur heutigen gesamtdeutschen Elite gehören. Wir werden die Daten dieser Studie jedoch am Schluß dazu nutzen,

um wenigstens ansatzweise Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den aus Ost- und Westdeutschland stammenden Eliten herauszuarbeiten.

Tabelle 1: Befragtenzahlen der Mannheimer und Potsdamer Elitestudien 1968-1995 (Spaltenprozent)

Sektor	1968	1972	1981	1995 ¹
Politik: CDU/CSU	6,4	7,0	7,2	4,2
Politik: SPD	6,2	6,0	7,1	4,7
Politik: FDP	2,2	2,6	1,4	2,4
Politik: Bündnis90/Die Grünen	–	–	–	4,2
Politik: PDS	–	–	–	0,3
Politik Insgesamt	14,9	15,6	15,7	16,3
Verwaltung	11,6	27,5	17,0	22,3
Wirtschaft	15,8	14,5	16,3	12,0
Wirtschaftsverbände	11,6	10,0	10,0	7,7
Gewerkschaften	8,5	2,7	5,0	4,1
Massenmedien	17,9	15,0	12,7	12,0
Wissenschaft	4,8	2,6	7,5	7,3
Militär		2,2	2,5	6,5
Kultur		–	6,0	4,3
Andere Sektoren ²	14,7	9,8	7,4	7,4
Nichtpolitische Eliten Insgesamt	85,1	84,4	84,3	83,7
n	808	1825	1744	2069

1 Nur westdeutsche Befragte.

2 Einschließlich 15 Politiker ohne Parteimitgliedschaft.

3 Die Zusammensetzung der Restgruppe ist in den verschiedenen Studien unterschiedlich. Sie umfaßt kommunale Eliten (Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren von Großstädten), das Spitzenpersonal von Berufsverbänden, Verbraucherverbänden und Neuen Sozialen Bewegungen (1995), Bischöfe der evangelischen und katholischen Kirche, leitende Parteifunktionäre (1968, 1972 und 1995) sowie Mitglieder der Bundesgerichte einschließlich des Bundesverfassungsgerichts (1981 and 1995).

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995

2. *Der Generationswandel in der westdeutschen Elite seit den fünfziger Jahren*

Der Aufstieg in Elitepositionen ist die Endstufe einer beruflichen Karriere, die in der Regel viele Jahre in Anspruch genommen hat. Die Einnahme von Führungspositionen erfordert überall eine hinreichende Berufserfahrung. Keine Organisation – auch keine politische Partei – möchte ihren Erfolg und ihre Durchsetzungschancen in Verhandlungen mit anderen Organisationen durch den Einsatz unerfahrener Kräfte aufs Spiel setzen. Die vorherrschenden Karrieremuster für den Aufstieg in gesellschaftliche Spitzenpositionen spiegeln sich dementsprechend im Durchschnittsalter der Elite sehr deutlich wider, das fast 54 Jahre beträgt. Nur 2,5% der 1995 befragten Eliten gehören der Altersgruppe bis 35 Jahren an, und nur knapp 15 Prozent sind unter 45 Jahre alt. Der Schwerpunkt liegt bei den 50- bis 60jährigen. Fast vier Prozent sind sogar schon im Rentenalter.

Traditionell sind die Eliten in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär mit einem Durchschnittsalter von über 55 Jahren am ältesten, die in den Medien mit etwas über 50 Jahren am jüngsten. Diese Werte haben sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert. Lediglich im Sektor Politik ist das Durchschnittsalter von 51 auf 48 Jahre zurückgegangen, was aber in erster Linie auf das Konto einer neuen Partei, nämlich der Grünen geht. Deren Führungscrew ist mit durchschnittlich 40,5 Jahren die mit Abstand jüngste Gruppe in der Elite. Dagegen haben sich die etablierten Parteien in den letzten Jahrzehnten nicht besonders bemüht, jüngeren Personen schnellere Aufstiegschancen in Spitzenämter zu eröffnen. Lediglich in der FDP fand zwischen 1968 und 1972 eine Verjüngung der Parteispitze von 52 Jahren auf knapp 50 Jahre statt. Seitdem ist das Durchschnittsalter in dieser Gruppe aber gleich geblieben.

Das hohe Durchschnittsalter der Elitemitglieder impliziert gleichzeitig auch, daß sie einem im Vergleich zur Gesamtbevölkerung relativ schmalen Alterssegment angehören. Von daher verläuft der Generationswandel in dieser Gruppe relativ schnell. Während noch 1956 fast die Hälfte der westdeutschen Eliten vor der Jahrhundertwende geboren war und vier politische Regime, zwei Weltkriege und die deutsche Teilung bewußt erlebt hatte (vgl. Edinger 1960), nahm der Anteil der im Kaiserreich Aufgewachsenen danach schnell ab. Allerdings wurde die westdeutsche Elite noch bis Mitte der achtziger Jahre durch Personen dominiert, die durch die Erfahrung des Nationalsozialismus und durch Weltkriegserlebnisse geprägt waren (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Generationswandel in der westdeutschen Elite 1968-1995 (Spaltenprozent)

Generation ¹	Elite 1968	Elite 1972	Elite 1981	Elite 1995	Bevölkerung 1996
Kaiserreich (-1903)	12,6	3,1	0,1	–	0,1
Weimarer Republik (1904-1917)	48,8	36,0	6,0	0,3	2,8
Drittes Reich (1918-1930)	35,8	48,8	59,0	5,7	12,2
Nachkrieg (1931-1945)	2,8	12,1	34,1	68,6	24,6
Wohlstand/Protest (1946-1960)	–	–	0,9	23,5	27,1
Neue Soziale Bewegungen (1961-1975)	–	–	–	1,9	30,7
Deutsche Einheit (1976-)	–	–	–	–	2,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,1	100,0	100,0

1 Für die Benennung der Generationen wurde das Alter von 14 bis 18 Jahren als ausschlaggebend für die generationstypische politische Prägung zugrundegelegt.

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995 (nur westdeutsche Befragte); ALLBUS 1996 (westdeutsche Befragte ab 18 Jahren).

3. *Generationswandel und sozialstruktureller Wandel*

3.1 *Formale Bildungsqualifikation*

Praktisch überall weisen Eliten ein weit überdurchschnittliches Ausbildungsniveau auf. Sie haben in ihrer überwiegenden Zahl zumindest das Abitur oder einen vergleichbaren Schulabschluß erworben. Dies hat natürlich damit zu tun, daß die Einnahme von Führungspositionen ein hohes Maß an Wissen und systematischer Schulung kognitiver Fähigkeiten voraussetzt, wie sie nur in tertiären Bildungseinrichtungen vermittelt werden. Für verschiedene Laufbahnen ist ein abgeschlossenes Studium sogar Eintrittsvoraussetzung, v.a. in der öffentlichen Verwaltung, der Justiz und der Wissenschaft. Daneben liegt es auf der Hand, daß für den journalistischen Beruf ein hohes Maß an Allgemeinwissen und Sprachbeherrschung erforderlich ist. Daneben gibt es jedoch Sektoren, die traditionell auch Personen ohne einen hohen formalen Bildungsabschluß interne Aufstiegschancen geboten haben. So gab und gibt es in der Wirtschaft immer wieder Karrieren, die von einer gewerblichen Lehre bis hin in Vorstandspositionen führten.

Die Werte in Tabelle 3 zeigen, daß parallel mit der allgemeinen Bildungsexpansion seit den siebziger Jahren auch das Bildungsniveau der westdeutschen Elitemitglieder gestiegen ist. Bereits 1968 verfügten vier Fünftel von ihnen über das Abitur und knapp drei Fünftel über ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Bis 1995 sind die entsprechenden Anteilswerte auf fast neun Zehntel bzw. über drei Viertel gestiegen. In der westdeutschen Bevölkerung (ab 18 Jahren) lag der Anteil von Personen mit Abitur dagegen noch 1981 bei lediglich 14,3% und hat sich seitdem auf etwa ein Viertel erhöht. In den jüngsten Altersgruppen ist er inzwischen auf etwas über ein Drittel angestiegen. Nach wie vor liegt das formale Ausbildungsniveau der Eliten aber weit über dem der Bevölkerung. Insofern ist der Anstieg des Bildungsniveaus in den Eliten vermutlich keine Folge der Bildungsexpansion, sondern – ebenso wie die Bildungsexpansion selbst – durch veränderte Anforderungen in der Arbeitswelt bedingt. Abitur und Hochschulstudium sind immer mehr zu einer Eintrittskarte für qualifizierte Berufe geworden. Dies läßt sich u.a. deutlich an der rasanten Akademisierung ablesen, mit der sich die SPD-Politiker seit 1968 dem Bildungsniveau der Politiker der bürgerlichen Parteien angepaßt haben.

Eine Aufschlüsselung nach Generationen zeigt, daß diese Akademisierung in erster Linie durch den Generationswandel bedingt war. Während unter den bis 1930 geborenen SPD-Politikern weniger als 60 Prozent das Abitur erworben hatten bzw. haben, ist dieser Anteil bei den jüngeren SPD-Politikern deutlich gestiegen, nämlich auf drei Viertel in der Nachkriegsgeneration der 1931 bis 1945 Geborenen und sogar auf fast neun Zehntel bei den jüngeren Altersgruppen. Gleichzeitig hat sich auch die Klassenherkunft der führenden SPD-Politiker verbürgerlicht. 1995 stammte nur noch ein knappes

Fünftel von ihnen aus Arbeiterhaushalten, während dieser Anteil noch 1981 bei über einem Drittel lag. Während auch schon früher die aus Angestellten- und Selbständigenhaushalten stammenden SPD-Politiker durchweg ein ebenso hohes formales Ausbildungsniveau aufwiesen wie die Politiker der bürgerlichen Parteien, bot die SPD bis vor drei Jahrzehnten auch in nennenswertem Maße Kindern aus Arbeiterhaushalten Aufstiegschancen. Dieser Aufstiegschancen ist jedoch im Verlauf der Zeit immer seltener geworden.

Tabelle 3: Ausbildungsniveau der Eliteangehörigen nach Sektor 1968-1995 (Prozentwerte)

Sektor	1968		1972		1981		1995	
	Abitur	Hochschule	Abitur	Hochschule	Abitur	Hochschule	Abitur	Hochschule
Politik: CDU/CSU	76,9	69,2	85,9	75,8	80,8	73,6	77,6	74,1
Politik: SPD	56,0	38,0	58,3	45,4	64,5	55,4	81,4	75,3
Politik: FDP	83,3	61,1	85,1	66,0	84,0	68,0	85,4	79,2
Politik: Bündnis 90/Die Grünen	–	–	–	–	–	–	83,7	70,9
Verwaltung	96,8	85,1	98,6	96,4	97,3	93,9	97,8	93,5
Wirtschaft	89,1	69,5	89,0	73,9	87,7	75,1	82,6	74,1
Wirtschaftsverbände	81,7	62,4	86,3	76,4	86,2	67,8	88,1	80,5
Gewerkschaften	26,5	10,3	22,9	14,6	19,5	8,0	30,1	26,5
Massenmedien	88,9	44,4	88,6	38,4	93,7	47,3	93,9	67,2
Wissenschaft	100,0	100,0	97,9	95,7	100,0	96,2	100,0	100,0
Militär	–	–	97,5	22,5	93,0	32,6	96,3	30,6
Kultur	–	–	–	–	88,5	61,5	97,7	81,8
Insgesamt	80,6	58,5	87,2	70,9	85,1	68,5	89,1	76,6
Westdeutsche Bevölkerung ab 18 Jahren	–	–	–	–	14,3	7,7	24,7	15,0

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995 (nur westdeutsche Befragte); Bevölkerungsumfrage 1982 (ab 18 Jahren); ALLBUS 1996 (nur westdeutsche Befragte ab 18 Jahren).

1995 gibt es lediglich noch zwei Elitegruppen, in denen der Anteil derjenigen ohne abgeschlossenes Hochschulstudium unter zwei Dritteln liegt, nämlich im Militär und in den Gewerkschaften. Auch in diesen beiden Gruppen ist der Akademikeranteil aber gestiegen. Dabei war das Abitur allerdings schon immer eine fast unabdingbare Voraussetzung für die Offizierslaufbahn, aber die systematische Einführung eines obligatorischen Studiums (v.a. an den Bundeswehrhochschulen) ist in der Bundeswehr neueren Datums.

Die Gewerkschaften dagegen rekrutieren ihre Funktionäre traditionell primär aus der Berufspraxis. Dies ist offenkundig nach wie vor der Fall. Auch noch 1995 – und unabhängig vom Geburtsjahrgang – stammt knapp über die Hälfte der Gewerkschaftselite aus Arbeiterfamilien, und nur eine kleine Minderheit der Befragten aus solchen Familien verfügt über einen höheren Schulabschluß. Insofern sind die Gewerkschaften inzwischen die einzige Organisation, die in nennenswertem Umfang Personen ohne hohe formale Bildungsqualifikationen Aufstiegschancen eröffnet.

3.2 Säkularisierung

Neben der Bildungsexpansion ist eine fortschreitende Säkularisierung wesentliches Merkmal des Wandels in den modernen Gesellschaften. Diese hat sich in der alten Bundesrepublik seit dem sechziger Jahren zum einen in einer zunehmenden Anzahl von Kirchaustritten manifestiert, von denen vor allem die evangelische Kirche betroffen war. Der Anteil der Protestanten ging daher in den Jahren zwischen 1950 und 1996 von etwa 51% auf rund 42% zurück (Statistisches Bundesamt: Datenreport 1989/90: 166f.; Gabriel 1998: 372). Der Anteil der Konfessionslosen stieg in diesem Zeitraum von unter 5 Prozent auf 15,5 Prozent an. Da nach wie vor die große Mehrheit der Westdeutschen einer der beiden Kirchen angehört, wird das wahre Ausmaß der Säkularisierung aber erst sichtbar, wenn man zusätzlich die Kirchgangshäufigkeit heranzieht. Alleine von 1982 bis 1996 sank der Anteil der Kernmitglieder der beiden Kirchen, die mindestens einmal monatlich den Gottesdienst besuchen, von 29,0% auf 18,6%. Inzwischen hat fast die Hälfte der Kirchenmitglieder nur noch eine rudimentäre Bindung an ihre Kirche, d.h. diese Personen gehen selten oder nie zum Gottesdienst (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Kirchliche Bindung¹ in Elite und Bevölkerung Westdeutschlands 1972-1996 (Zeilenprozent)

	Katholiken			Protestanten			
	Kern	Rand	Formal	Kern	Rand	Formal	Ohne Konf.
1972							
Politik: CDU/CSU	52,8	2,4	0,8	23,2	6,4	14,4	0,0
Politik: SPD	1,9	1,0	6,7	6,7	10,6	40,4	32,7
Politik: FDP	2,2	2,2	4,4	6,7	13,3	55,6	15,6
andere Eliten	17,9	2,7	10,2	9,9	9,2	37,6	12,5
1981/82							
Politik: CDU/CSU	44,0	6,4	4,8	17,6	20,0	7,2	0,0
Politik: SPD	3,3	5,0	5,0	9,1	17,4	35,5	24,8
Politik: FDP	4,2	4,2	8,3	12,5	16,7	45,8	8,3
andere Eliten	13,2	7,3	8,5	8,8	19,3	24,0	19,0
Bevölkerung	21,8	10,4	12,5	7,2	13,7	27,0	7,5
1995/96							
Politik: CDU/CSU	41,9	11,6	3,5	11,6	17,4	11,6	2,3
Politik: SPD	1,0	6,3	8,3	7,3	25,0	25,0	27,1
Politik: FDP	4,3	4,3	10,6	6,4	23,4	34,0	17,0
Politik: B 90/Die Grünen	0,0	3,6	10,8	1,2	7,2	15,7	61,4
andere Eliten	12,5	8,2	8,5	9,1	18,5	19,2	23,9
Bevölkerung	13,8	10,1	17,5	4,8	10,5	27,8	15,5

1 Kernmitglieder: Kirchgangshäufigkeit mindestens einmal monatlich; Randmitglieder: Kirchgangshäufigkeit mehrmals im Jahr; Formalmitglieder: Kirchgangshäufigkeit seltener oder nie; Mitglieder sonstiger Religionsgemeinschaften wurden bei der Prozentuierung nicht berücksichtigt.

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1972 und 1981; Potsdamer Elitestudie 1995 (nur westdeutsche Befragte); Bevölkerungsumfrage 1981 (ab 18 Jahren); ALLBUS 1996 (nur westdeutsche Befragte ab 18 Jahren)

Auf Elitenebene erfordert die Analyse der kirchlichen Bindung eine differenzierte Betrachtung, da die konfessionelle Frage die Entwicklung des Parteiensystems stark beeinflusst hat. Die CDU/CSU knüpfte nach 1945 an die Tradition der katholischen Zentrumsparterie an, jedoch nun mit einem bewußt interkonfessionellen Programm, das nach wie vor dezidiert auf christliche Werte setzt. Die führenden Politiker der Unionsparteien gehören dementsprechend fast ausnahmslos einer Konfession an, und eine Mehrheit von ihnen geht regelmäßig zur Kirche. Allerdings ist selbst in dieser Gruppe der Anteil der Kernmitglieder der beiden Kirchen deutlich gesunken.

Demgegenüber sind FDP und SPD traditionell säkulare Parteien. Dies zeigt sich zunächst in einem im Vergleich zur Bevölkerung relativ hohen Anteil an Konfessionslosen und einem sehr kleinen Anteil an regelmäßigen Kirchgängern unter ihren Spitzenpolitikern. In beiden Parteien waren die säkularen Kräfte 1972 am stärksten. Seitdem hat der Anteil der Konfessionslosen und Formalmitglieder wieder etwas abgenommen, während der Anteil der zumindest gelegentlichen Kirchgänger leicht zugenommen hat. Dennoch ist die Kluft zwischen den Unionsparteien und den säkularen Parteien nach wie vor sehr ausgeprägt. Die Ergebnisse für die Partieliten bestätigen also die fortdauernde Bedeutung der konfessionell-religiösen Konfliktlinie im deutschen Parteiensystem. Diese ist durch das Hinzutreten der Grünen, deren Führungsspitze zu fast zwei Dritteln keiner Religionsgemeinschaft angehört, eher noch stärker akzentuiert worden.

Die übrigen Eliten ähneln in ihrer konfessionellen Bindung eher den säkularen Parteien als den Unionsparteien. Dabei existieren jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen den Repräsentanten der verschiedenen Sektoren. Gewerkschafts-, Medien- und Kultureliten weisen die höchsten Anteile an Konfessionslosen auf. Zudem ist der Anteil der Konfessionslosen seit 1972 deutlich angestiegen. Dieser Anstieg ging allerdings ausschließlich zu Lasten der Formalmitglieder. Insofern ist also primär die Bereitschaft zum Kirchenaustritt gestiegen und man kann kaum von einem ausgeprägten Rückgang konfessioneller Bindungen sprechen. Ähnlich wie bei den Politikern von SPD und FDP nahm der Anteil derjenigen, die zumindest gelegentlich zur Kirche gehen, nach 1972 aber wieder etwas zu und hat sich seitdem stabilisiert. Insofern ist also der Trend der Säkularisierung zumindest in der Elite an ein vorläufiges Ende gelangt.

Im Vergleich zur Bevölkerung weisen die nichtpolitischen Eliten einen deutlich höheren Anteil an Konfessionslosen auf. Kontrastiert man jedoch die Kern- und Randmitglieder der Kirchen einerseits mit den Formalmitgliedern und Konfessionslosen andererseits, dann liegt der Anteil der Personen mit einer starken oder mittleren Bindung an ihre Kirche in den Eliten sogar höher. Insofern sind die Eliten also bestenfalls im Hinblick auf ihre höhere Bereitschaft zum Kirchenaustritt als Schrittmacher des Säkularisierungstrends anzusehen.

3.3 *Geschlecht*

Angesichts der breiten öffentlichen Diskussion über die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben und über Quotenregelungen in den politischen Parteien, ist nicht zuletzt auch die Entwicklung des Frauenanteils in der Elite von Interesse. Noch 1981 zeichnete sich die westdeutsche Elite durch eine fast vollständige Abwesenheit von Frauen aus. Nur 2,8% der Befragten (1972: 1,6%) waren weiblich. In der politischen Elite lag der Frauenanteil damals noch bei lediglich 6.2% (1972: 6,0%). In den übrigen Eliten betrug er sogar nur 1.7% (1972: 0,8%). Spitzenreiter in Bezug auf die Chancen für Frauen, Führungspositionen zu erreichen, waren 1981 die Gewerkschaftselite (6,9%) und die Kulturelite (6.7%). Seitdem hat der Frauenanteil in der politischen Elite auf insgesamt 36,4% ganz erheblich zugenommen und erreicht vor allem bei den Grünen (58,1%) und der SPD (35.7%) hohe Werte. Selbst beim Schlußlicht CSU liegt er inzwischen bei 15.8%. In den übrigen Eliten war der Zugewinn für die Frauen dagegen weit weniger ausgeprägt. Der Frauenanteil erreicht hier auch 1995 lediglich 5,3%. Am resistentesten haben sich dabei die Bundeswehr (0,7%), Wirtschaftsunternehmen (0,8%), Wirtschaftsverbände (2,5%), die Wissenschaft (3.3%) und die Verwaltung (5.4%) erwiesen.

4. *Generationswandel und Einstellungswandel*

Als nächstes ist zu fragen, ob der Generationswandel in der westdeutschen Elite auch von einem Einstellungswandel begleitet war. Dies ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens war die Gründergeneration der Bundesrepublik noch in erheblichem Maße durch die traumatischen Erfahrungen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus geprägt, was bei Kritikern stets den Verdacht nährte, unter der äußerlich demokratischen Haltung der Eliten verberge sich möglicherweise noch ein beträchtliches antidemokratisches, oder doch zumindest autoritäres Einstellungspotential. Selbst Beobachter, die der frühen bundesdeutschen Elite keine antidemokratischen Neigungen unterstellten, konstatierten, daß diese Generation aufgrund ihrer historischen Erfahrungen im Umgang mit politischen Gegnern weniger Gelassenheit und Toleranz aufwies als es in den seit langem etablierten Demokratien üblich ist.

Zum anderen hat die Wertewandelsforschung gezeigt, daß sich in den entwickelten demokratischen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten ein Wertewandel in Richtung auf individualistische und partizipatorische Werte vollzogen hat. Eine individualistische Wertorientierung betont den Vorrang der Möglichkeiten zu individueller Selbstentfaltung vor Pflicht- und Akzeptanzwerten. Gleichzeitig haben – nicht zuletzt als Folge der Bildungsexpansion – in allen modernen Gesellschaften auch Forderungen nach mehr sozialen und politischen Teilhaberechten zugenommen, die sich beispielsweise in den Forderungen von Minderheiten nach einer angemessenen Be-

rücksichtigung ihrer Interessen durch die Politik sowie in Bestrebungen zur Ausweitung direktdemokratischer Beteiligungsrechte für die Bürger niederschlagen. Angesichts der Tatsache, daß vor allem die Forderung nach mehr direktdemokratischen Beteiligungsrechten eine Einengung des Handlungsspielraums der Eliten bedingt – Inglehart bezeichnet solche Forderungen explizit als ‚*elite challenging*‘ –, scheint es keineswegs ausgemacht, daß diese durch die Eliten unterstützt werden. Ebenso steht die oben angesprochene Betonung einer traditionellen christlichen Sozialmoral durch die Unionsparteien in einem gewissen Widerspruch zu individualistischen Werten. Von daher erhebt sich die Frage, inwieweit der Wertewandel auch die Eliten ergriffen hat, und welche Elitegruppen dabei Vorreiter bzw. Nachhuter spielen.

Alle vier Elitestudien enthielten ein Statement, mit dem die Befragten eine Präferenz für individuelle Meinungsfreiheit gegenüber einer allgemeinverbindlichen Sozialmoral angeben sollten. Dieses wird im folgenden als Indikator für eine liberale, individualistische Grundhaltung herangezogen. Ein zweites Statement, das nach der Unterstützung für die Forderung nach umfassender Demokratisierung fragte und in den drei seit 1972 durchgeführten Studien enthalten war, soll als Indikator für die Befürwortung partizipatorischer Werte dienen. Beide Statements korrelieren jeweils hoch mit verwandten Einstellungsitems, so daß ihre exemplarische Verwendung gerechtfertigt ist (vgl. Hoffmann-Lange 1992: 294ff.; Bürklin/Rebenstorf 1997: 391ff.).

Tabelle 5 enthält die Unterstützung für diese beiden Statements in den verschiedenen Studien, jeweils aufgeschlüsselt nach Generationszugehörigkeit. Für das Item zur Meinungsfreiheit zeigt sich das auf den ersten Blick paradoxe Ergebnis, daß die Zustimmung im Aggregat (Insgesamt-Spalte) weitgehend konstant ist, während gleichzeitig zu jedem Befragungszeitpunkt ein starker Generationseffekt existiert. Die Angehörigen der jüngeren Alterskohorten in der Elite weisen also jeweils eine liberalere Einstellung auf. Gleichzeitig ist die Unterstützung für dieses Item in der Elite erheblich stärker als in der Wählerschaft, wobei die Unterstützung in der Bevölkerung allerdings von 1982 bis 1995 deutlich zugenommen hat.

Für das Item zur umfassenden Demokratie, das ein vergleichbares generationsspezifisches Muster aufweist, hat die Unterstützung in der Elite dagegen auch im Aggregat etwas zugenommen. In der Wählerschaft ist dagegen kein Generationseffekt und nur eine geringe Zunahme über die Zeit zu erkennen.

Die scheinbare Ungereimtheit der Ergebnisse für die Eliten ist darauf zurückzuführen, daß auf Elitenebene Generationszugehörigkeit, Sektorzugehörigkeit, parteipolitische Präferenzen und die Zustimmung zu den beiden Items in komplexer Weise zusammenhängen. Grundsätzlich werden individualistische und partizipatorische Werte wesentlich stärker durch Politiker und Anhänger von FDP, SPD und Grünen unterstützt als durch die der Unionsparteien. Während 1995 Einschränkungen der Meinungsfreiheit bei den Unionspolitikern und -anhängern nur von 31,4% abgelehnt werden, steigt dieser Anteil bei den SPD- und FDP-Anhängern auf knapp über 50 Prozent, und bei denen der Grünen sogar auf zwei Drittel. In vergleichbarer Weise

wird eine umfassende Demokratie lediglich von knapp 61 Prozent der Unionsanhänger und zwei Dritteln der FDP-Anhänger, aber von über 85 Prozent bei SPD und Grünen befürwortet.

Table 5: Unterstützung für Meinungsfreiheit und umfassende Demokratie nach Generationszugehörigkeit in Westdeutschland 1968-1995 (% Befürwortung)

	Generation						Ingesamt
	Kaiserreich -1903	Weimarer Republik 1904-1917	Drittes Reich 1918-1930	Nachkrieg 1931-1945 / Protest	Wohlstand 1946-1960	NSB 1961-	
Meinungsfreiheit¹							
Elite 1968:	35.7	42.2	57.7	69.6	–	–	47.7
Elite 1972:	–	30.8	51.0	69.0	–	–	45.4
Elite 1981:	–	14.7	39.1	55.9	50.0	–	43.5
Elite 1995:	–	–	28.6	43.2	56.5	57.9	45.7
Bevölkerung 1982:	10.6	10.2	14.9	18.3	30.7	32.1	21.1
Bevölkerung 1995:	–	13.0	19.9	24.5	32.4	37.7	29.0
Umfassende Demokratie²							
Elite 1972:	–	57.8	65.2	74.8	–	–	63.5
Elite 1981:	–	67.0	70.2	69.5	81.3	–	69.9
Elite 1995:	–	–	58.5	70.3	80.2	89.2	72.3
Bevölkerung 1982:	81.3	78.6	79.6	84.0	86.9	87.0	83.5
Bevölkerung 1995:	–	88.1	84.3	86.9	88.3	85.0	86.3

Bei Gruppengrößen < 15 wurden die Befragten der nächstälteren bzw. nächstjüngeren Kategorie zugeordnet.

- 1 „Meinungs- und Diskussionsfreiheit müssen dort ihre Grenze haben, wo elementare moralische Überzeugungen und sittliche Grundwerte berührt werden.“ (% ablehnende Antworten)
- 2 1972 und 1981: „Demokratie kann nur verwirklicht werden, wenn der Einzelne die Chance hat, sich nicht nur an den allgemeinen Wahlen zu beteiligen, sondern auch am Arbeitsplatz weitgehend mitzubestimmen.“
1995: „Demokratie sollte nicht auf den politischen Bereich beschränkt bleiben, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen realisiert werden.“

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995 (nur westdeutsche Befragte); Bevölkerungsumfrage 1982 (ab 18 Jahren); Bevölkerungsumfrage 1995 (nur westdeutsche Befragte ab 18 Jahren)

Gleichzeitig hängt in den nichtpolitischen Eliten die Parteizugehörigkeit mit der Sektorzugehörigkeit zusammen. Die Vertreter der Wirtschafts- und der Militärelite präferieren mehrheitlich die CDU/CSU, während die Gewerkschaftselite überwiegend der SPD nahesteht. Diese parteipolitische Konstellation weist eine große Konstanz über die Zeit auf. Die Grünen als Newcomer im Parteiensystem haben wiederum innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte eine relativ große Anhängerschaft in der Medien- und Kulturelite gewonnen (26,7% und 47,0%).

Aufgrund der weiter oben analysierten unterschiedlichen Karrierebedingungen in den verschiedenen Elitesektoren und den daraus resultierenden

Unterschieden im Durchschnittsalter der Sektoren weisen die verschiedenen Alterskohorten eine signifikant unterschiedliche sektorale Zusammensetzung auf. In der Studie von 1995 dominieren beispielsweise in der ältesten Kohorte die Angehörigen der Wirtschaftselite (mit 36,3%) und die Vertreter der kleineren Elitesektoren (33,1%). In der jüngsten Kohorte dominieren dagegen Politiker der Grünen (21,9%) und Vertreter der Medien- und Kulturelite (33,8%). Auch in den früheren Befragungen gehörten die Angehörigen der jüngeren Altersgruppen überproportional den Elitegruppen mit SPD- und FDP-Präferenz an, während unter den älteren Befragten die Angehörigen der überwiegend unionsorientierten Wirtschaftselite dominierten. Da gleichzeitig die Parteipräferenzen innerhalb der Sektoren über die Zeit relativ konstant geblieben sind, erklärt sich alleine daraus die gleichzeitige Existenz eines starken Generationseffekts und einer hohen Stabilität im Aggregat für das Statement zur Meinungsfreiheit. Dieser Kompositionseffekt bedingt auch, daß die Angehörigen ein- und derselben Alterskohorte über die Zeit scheinbar konservativer werden. Denn während die Angehörigen der nachwachsenden Kohorten zunächst vor allem in der Medienelite Fuß fassen können, rücken mit der Zeit immer mehr konservative Vertreter dieser Kohorten in Elitepositionen auf, die dementsprechend auch deren Orientierungen immer stärker prägen.

Bei der Unterstützung für eine umfassende Demokratie dagegen gibt es bei einem vergleichbar starken Generationseffekt tatsächlich eine Zunahme der Zustimmung über die Zeit, auch wenn diese nicht besonders ausgeprägt ist. Diese Ergebnisse zeigen deutlich, wie unverzichtbar Längsschnittdaten für die Analyse von Einstellungstrends sind, und daß diese nicht durch einfache Kohortenanalysen von Querschnittdaten ersetzt werden können.

Insgesamt läßt sich als Ergebnis festhalten, daß der Wertewandel in Richtung auf eine stärkere Unterstützung für individualistische Werte in erster Linie eine gewisse Annäherung der Bevölkerungseinstellungen an die erheblich liberaleren Orientierungen der Eliten gewesen ist. Dies ist vermutlich nicht zuletzt Resultat der Bildungsexpansion gewesen. Denn politische Einstellungsuntersuchungen haben immer wieder ergeben, daß liberal-individualistische Einstellungen mit zunehmendem formalen Bildungsniveau ansteigen. Gleichzeitig wird der individualistische Wert der Meinungs- und Diskussionsfreiheit im vorliegenden Item jedoch mit einem anderen Wert konfrontiert, nämlich mit der Befürwortung eines Kanons allgemeinverbindlicher sozialmoralischer Grundwerte. Die der kirchlichen Tradition stärker verpflichteten Christdemokraten geben in einem solchen Konfliktfall häufig den letzteren den Vorrang. Da es sich hierbei um einen Wertekonflikt handelt, bei dem keine der beiden Positionen a priori moralische Überlegenheit beanspruchen kann, und der zugleich im Parteiensystem der Bundesrepublik verankert ist, deuten die Ergebnisse darauf hin, daß diese Konfliktlinie seit 1968 relativ konstant geblieben ist. Allerdings ist die individualistische Position innerhalb der politischen Elite im engeren Sinne durch die Ausdifferenzierung des Parteiensystems um die Grünen deutlich gestärkt worden, was diesen innerelitären Wertekonflikt nicht unbeträchtlich verschärft hat.

Auch im Hinblick auf partizipatorische Werte hat das Aufkommen der Grünen die Konflikte im Parteiensystem verstärkt. Allerdings können sich die Grünen in dieser Frage auf eine verbreitete Befürwortung in der Wählerschaft zählen. Insofern ist es nicht so verwunderlich, daß die Eliten einer Ausweitung demokratischer Beteiligungsrechte gegenüber aufgeschlossener geworden sind.

5. *Ausblick auf die gesamtdeutsche Elite*

Die vorgestellten Analysen haben gezeigt, daß der Generationswandel in der westdeutschen Elite zu beträchtlichen demographischen Veränderungen geführt hat, die sich allerdings sektorspezifisch unterschiedlich ausgewirkt haben. Auf der Einstellungsebene ist der Wandel dagegen deutlich geringer und weniger eindeutig, da hier generationenspezifische, sektorspezifische und parteipolitische Effekte miteinander verwoben sind.

Bislang wurde, um die Analyse nicht noch weiter zu komplizieren, beußt auf die Berücksichtigung der Veränderungen verzichtet, die sich durch die Vereinigung Deutschlands ergeben haben. An dieser Stelle sollen diese jedoch wenigstens noch kurz angesprochen werden. Angesichts der Tatsache, daß mit der Vereinigung Deutschlands nicht nur das Grundgesetz, sondern auch die gesamte Verwaltungsstruktur, die Struktur des Interessengruppensystems sowie die wirtschaftlichen Strukturen auf die neuen Bundesländer übertragen wurden, ist es nicht weiter verwunderlich, daß Ostdeutsche innerhalb der neuen gesamtdeutschen Elite unterrepräsentiert sind. Lediglich 11,6% der in der Potsdamer Elitestudie von 1995 befragten Eliten stammen aus den neuen Bundesländern, nämlich 272 von 2341. Dabei fällt diese Unterrepräsentation allerdings sektorspezifisch sehr unterschiedlich aus. Im Sektor Politik sind die Ostdeutschen mit 32 Prozent am stärksten vertreten, in der Wirtschaftselite und im Militär am schwächsten. Der im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hohe Anteil der Ostdeutschen in der politischen Elite ist darauf zurückzuführen, daß aufgrund der relativ großen Zahl der neuen Bundesländer und der Vertretung der PDS in den ostdeutschen Landesparlamenten die Zahl der politischen Führungspositionen hier relativ hoch ist.

Von ihrer formalen Qualifikation stehen die ostdeutschen Eliten ihren westlichen Pendanten nicht nach. Die Anteile der Befragten mit Abitur (88,6%) und abgeschlossenem Hochschulstudium (78,7%) entsprechen fast genau denen im Westen.

Unterschiedlich ist dagegen ihre Altersstruktur. Die aus den neuen Bundesländern stammenden Eliten sind deutlich jünger als ihre westdeutschen Pendanten und haben durch den politischen Umbruch fast durchweg einen Karrierebruch erlitten. Dies ist typisch für neue Eliten, die im Gefolge politischer Machtveränderungen in Führungspositionen einrücken, und galt in den ersten Jahren beispielsweise auch für die Politiker der Grünen. Erfahrungs-

gemäß bringt die Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eine rasche Angleichung der neuen Eliten an die üblichen Karrieremuster mit sich. Verschiedene Untersuchungen über die Karrieremuster ostdeutscher Politiker bestätigen solche Angleichungstendenzen, z.B. eine abnehmende Fluktuation bei den Kandidaturen für politische Ämter sowie eine zunehmende Verflechtung zwischen Parteiämtern und parlamentarischen Mandaten.

Weiterhin sind die ostdeutschen Eliten mehrheitlich konfessionslos. Dies trifft vor allem auf nichtpolitischen Eliten sowie auf die Politiker von PDS, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu. Die ostdeutschen CDU- und SPD-Politiker unterscheiden sich demgegenüber kaum von ihren westdeutschen Parteikollegen, d.h. bei ihnen ist der Anteil der Konfessionslosen wesentlich geringer.

Der Frauenanteil ist unter den Elitemitgliedern aus den neuen Bundesländern mit insgesamt fast 30 Prozent erheblich höher als im Westen. Unter den Spitzenpolitikern beträgt er mehr als zwei Fünftel, in den übrigen Eliten immerhin noch 12,5%. Auch dieses Ergebnis könnte auf die Umbruchssituation in Ostdeutschland zurückzuführen sein, die ambitionierten Frauen mehr Chancen bot als die relativ festgefahrenen Organisationsstrukturen in den alten Bundesländern. Ob sich dieses Muster erhalten wird, bleibt abzuwarten. Da jedoch der allgemeine Trend in Richtung auf eine stärkere Repräsentation von Frauen in den Eliten geht, stehen die Chancen dafür nicht schlecht.

Angesichts der geringen Repräsentation Ostdeutscher in der gesamtdeutschen Elite und ihrer abweichenden Verteilung über die Sektoren, lassen sich Einstellungsunterschiede zwischen den beiden Elitegruppen nicht durch einen einfachen Ost-West-Vergleich feststellen, sondern erfordern eine nach Partei- und Sektorzugehörigkeit differenzierte Analyse. Wie wir aus zahlreichen Bevölkerungsumfragen wissen, neigen die Ostdeutschen aufgrund ihrer Sozialisation im umfassenden Versorgungsstaat DDR ganz generell dazu, dem Staat größere Verantwortung für das Wohlergehen der Bürger zuzuschreiben. Zugleich befürworten sie aufgrund der Erfahrungen in der friedlichen Revolution mehr direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger (vgl. u.a. Roller 1997). Dagegen sind sie im Hinblick auf individualistische Werte etwas konservativer. Ein Einstellungsvergleich zwischen Politikern in Ost- und West-Berlin ergab vergleichbare Unterschiede im Hinblick auf die Unterstützung für egalitäre Werte und direktdemokratische Verfahren (Rohrschneider 1994). Die Ost-West-Unterschiede hängen allerdings vor allem damit zusammen, daß die aus dem Osten stammenden Spitzenpolitiker überwiegend dem linken Parteienspektrum angehören. Auch nach der Kontrolle für diesen Parteeffekt ist aber noch ein deutlicher Regimeeffekt nachweisbar (vgl. auch Welzel 1997: 159ff.). Die Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Eliten entsprechen dabei denen zwischen den Bürgern in beiden Regionen, d.h. die Ostdeutschen befürworten seltener individualistische und häufiger partizipatorische Werte als die Westdeutschen. Insofern weichen die aus Ostdeutschland stammenden Angehörigen der ge-

samtdeutschen Elite also auch in ihren Einstellungen von den aus Westdeutschland stammenden ab. Inwieweit sich diese Unterschiede im Laufe der Zeit abschleifen oder erhalten, bleibt abzuwarten.

Literatur

- Bürklin, Wilhelm, Hilke Rebenstorf et al. 1997: *Eliten in Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich.
- Edinger, Lewis J. 1960: Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic. *American Political Science Review* 54, S. 58-82.
- Fuchs, Dieter 1997: Welche Demokratie wollen die Deutschen? In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich, S. 81-113.
- Gabriel, Karl 1998: Kirchen/Religionsgemeinschaften. In: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen: Leske + Budrich, S. 371-382.
- Geißler, Rainer 1992: *Die Sozialstruktur Deutschlands*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Higley, John, Ursula Hoffmann-Lange, Charles Kadushin, Gwen Moore 1991: Elite integration in stable democracies: a reconsideration. In: *European Sociological Review* 7, S. 35-53.
- Hoffmann-Lange, Ursula 1992: *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*, Opladen: Leske + Budrich.
- Hoffmann-Lange, Ursula 1997: Demokratieentwicklung und Elitentransformation in Deutschland. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 23, S. 507-530.
- Inglehart, Ronald 1990: *Kultureller Umbruch*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Meyer, Gerd 1991: *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker*. Tübingen: A. Francke Verlag.
- Rohrschneider, Robert 1994: Report from the Laboratory: The Influence of Institutions on Political Elites' Democratic Values in Germany. In: *American Political Science Review* 88, S. 927-941.
- Roller, Edeltraut 1997: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich, S. 115-146.
- Schneider, Eberhard 1994: *Die politische Funktionselite der DDR*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Welzel, Christian 1997: *Demokratischer Elitenwandel*. Opladen: Leske + Budrich.